

Aug. 2024 *ver.di in der BITBW*

BITBW Die IT-Dienstleisterin mit mit der Lizenz zum Geld verbrennen



oben: ver.di BITBW bei Peter Seimer MdL (Grüne)

Im Herbst stehen im Landtag die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2025/2026 an. ver.di hat ein doppeltes Interesse an der Funktionsfähigkeit- und -tüchtigkeit der BITBW als Dienstleisterin für das Land. Zum einen braucht es gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der BITBW selbst, damit diese gute Arbeitsergebnisse erzielen können. Denn zum anderen sind viele tausende Beschäftigte in der Landesverwaltung von der guten Arbeit der BITBW abhängig. Kritisch bewertet ver.di den Umgang mit der Aufgabenübertragung auf die BITBW. Zwar sind aus den Ressorts Aufgaben an die BITBW übergegangen, leider folgte nicht das dafür notwendige Personal. Dies sorgt für ein enormes, kaum zu erledigen Arbeitspensum in der BITBW-Belegschaft und führt gleichzeitig zu Unmut bei den Kunden.



ver.di BITBW in Videokonferenz mit Jonas Hoffmann MdL (SPD) [photo Fionn Grosse] Deshalb suchte die ver.di Betriebsgruppe das Gespräch mit den Digitalisierungssprechern der Landtagsfraktionen.

Impressum

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft
Baden-Württemberg
Theodor-Heuss-Str. 2/1
70174 Stuttgart
V.i.S.d.P. Hanna Binder
Bearbeitung: Markus Kling

Alle Sprecher der Landtagsfraktionen räumten ein, dass das Thema Digitalisierung in ihren jeweiligen Fraktionen nicht immer die Aufmerksamkeit bekommt, wie es eigentlich notwendig wäre. Es bleibt quasi ein Spezialistenthema.

Die Kolleginnen und Kollegen der ver.di Betriebsgruppe wiesen die Abgeordneten darauf hin, dass es für den kommenden Doppelhaushalt deutlich mehr Planstellen bei der BITBW brauche, um der permanenten Arbeitnehmerüberlassung, d.h. dem Einsatz von externen IT-Spezialist*innen, Einhalt zu gebieten. Hatte die BITBW 2015 um die 330 interne und rund 20 externe Mitarbeitende, sind es heute (2024) um die 700 interne Beschäftigte und ca. 350 externe Dienstleister, die die BITBW per Arbeitnehmerüberlassung unterstützen. Diese externen Dienstleistungen verursachen beim Land das 3-fache an Kosten im Vergleich zu eigenen Landesbeschäftigten!

Hier wurde insbesondere auf den Einsatz rund um SAP-Produkte aufmerksam gemacht. Diese kosten nicht nur sehr viel mehr Geld, auch das Knowhow bleibt nicht in der Landesverwaltung, wenn diese externen Mitarbeitenden die BITBW wieder verlassen. Auch die Belastung der eigenen Beschäftigten ist hoch.

ver.di BITBW in Videokonferenz mit Ansgar Mayr MdL (CDU)

Diese sind permanent mit der Einarbeitung neuer externer Dienstleister betraut und können ihre eigentliche Arbeit kaum noch erledigen. ver.di kommt es vor, als hätte die BITBW die Lizenz zum Geld verbrennen.

Einig waren sich die Abgeordneten Seimer (Grüne), Mayr (CDU) und Hoffmann (SPD) mit ver.di, dass die überbordende Arbeitnehmerüberlassung nicht zukunftsfähig ist und diese eingedämmt werden muss. Bei der engen Lage auf dem IT-Fachkräftemarkt tut sich der öffentliche Dienst mit seinen dienstrechtlichen als auch tarifrechtlichen Möglichkeiten schwer. Ob eine andere Rechtsform (AÖR vs. Landesoberbehörde) der Weisheit letzter Schluss ist, konnte in den Gesprächen nur andiskutiert werden. Fakt ist, der Landtag muss ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und Synergiegewinne nicht gleich abschöpfen. Die BITBW muss mehr in die Ausbildung und Akquise für eigenes Personal investieren. Das Land darf sich nicht noch mehr von externen Anbietern abhängig machen. Wenn das Land eine eigene digitale Souveränität anstrebt und die BITBW als leistungsstarke IT-Dienstleisterin etablieren will, empfiehlt es sich der eigenen - bereits vorhandenen - Kernkompetenzen zu erinnern, diese zu nutzen und weiter auszubauen. Dazu bedarf es eines weiteren Ausbaus an Stellen.

Die ver.di Betriebsgruppe ließ nicht unerwähnt, dass in Sachen IT-Sicherheit die BITBW alle Angriffe bisher abwehren konnte, so dass es zu keinem Ausfall in der Landes-IT kam. Dies ist ein Beleg, dass die Belegschaft der BITBW nicht nur das Knowhow für Client- und Serversysteme hat: Nein sie ist auch sicherheitstechnisch auf der Höhe der Zeit.

Die derzeit ungünstigen Bedingungen bei der Unterbringung der Beschäftigten an einigen Standorten wurde ebenfalls angesprochen.

Die ver.di Betriebsgruppe vereinbarte mit den Abgeordneten weiter im Gespräch zu bleiben.

